

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telefax: 886 848 ppbn d
Telefax: 21 0864

Inhalt

Gerd Walter MdEP zum Erfordernis, gesamtdeutsch mehrheitsfähig zu werden: Vereinigung von SPD West und Ost ist jetzt geboten.
Seite 1

Hermann Buschfort MdB zur Verpflichtung der Arbeitgeber, Schwerbehinderte zu beschäftigen: Die Bundesanstalt für Arbeit muß ihre Aufgabe ernst nehmen.
Seite 4

Hans Eichel zur Politik des Wiesbadener Ministerpräsidenten Wallmann: Kein Kurs, keine Klarheit, keine Konzepte.
Seite 5

45. Jahrgang / 87

8. Mai 1990

Vereinigung von SPD West und Ost ist jetzt geboten

Zum Erfordernis, gesamtdeutsch mehrheitsfähig zu werden

Von Gerd Walter MdEP
Vorsitzender der SPD Schleswig-Holstein

Das Kommunalwahlergebnis in der DDR kann sich aus sozialdemokratischer Sicht sehen lassen: Die CDU-Allianz ist vom hohen Roß ihres Volkskammer-Wahlsieges heruntergeholt, und die demokratischen Kräfte des sozialen Fortschritts sind gestärkt worden. Das alles ist ein Schuß vor den Bug der Kräfte, die die Einheit Deutschlands auf Kosten der kleinen Leute realisieren wollen.

Die SPD hat sich trotz der Übermacht der noch existierenden alten Parteiparate von SED/PDS und CDU gut behaupten können. Mit diesem Ergebnis sind die Chancen der SPD gewachsen, in der DDR schrittweise in die Rolle der einzigen großen sozialen Reformpartei hineinzuwachsen. Das Wahlergebnis zeigt: Das neue Deutschland ist nicht notwendigerweise CDU-Land, wenn die SPD die Zeichen der Zeit erkennt. Dazu gehört, die bisherigen Vorstellungen von einem langsamen Zusammenwachsen von SPD Ost und West über Bord zu werfen. Die beiden Parteien sollten so schnell wie möglich vereinigt werden. Jedenfalls schneller, als derzeit von den beiden Parteivorständen beabsichtigt ist.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vorsichtiger Umgang
mit meeresalt. Rohstoffen
Recycling-Papier



In diesen bewegten deutschlandpolitischen Zeiten wird auch über die Verteilung der politischen Kräfteverhältnisse und damit auch über die Chancen sozialer Reformpolitik in Deutschland entschieden. Und das möglicherweise für lange Zeit. Eine SPD, die jetzt nicht gesamtdeutsch Fuß faßt, riskiert den Verlust ihrer Mehrheitsfähigkeit für lange Zeit.

Die Konservativen haben bei der Formierung ihrer Bastionen in der DDR ihr Verhältnis zur Macht demonstriert: Basis hin, Basis her - sie nutzten ohne besondere Skrupel entweder die vorhandenen Apparate der alten Blockpartei CDU oder zeugten neue in der West-Retorte DSU.

Die Sozialdemokraten setzten von Beginn an auf Eigenständigkeit und den organisch von unten wachsenden Aufbau der DDR-SPD - verbunden mit behutsamer West-SPD-Hilfe. Das war ehrenwert und würde im Zweifelsfall auch wieder so gemacht werden müssen. Es konnte aber auch nur in Grenzen erfolgreich sein. Diese Grenzen sind jetzt erreicht.

Vorstand und Fraktion der DDR-SPD in Berlin sind vollauf mit dem Regieren beschäftigt - der schnelle kontinuierliche und flächendeckende Aufbau der Parteiorganisation kann nicht gleichzeitig geleistet werden.

Der gemeinsame Ausschuß von SPD-Ost und West reicht nicht mehr aus. Das Fehlen einer gemeinsamen Willensbildung begünstigt die Entstehung unterschiedlicher Auffassungen, vor allem in der Deutschlandpolitik, die es den Konservativen erleichtert, die deutsche Einheit zu ihrer Sache zu machen.

Was jetzt kommt, ist mit dem bewundernswerten ehrenamtlichen Engagement vieler Mitglieder in der DDR, die zu Recht auf ihre Leistung stolz sind, allein nicht mehr zu machen. Wir brauchen so schnell wie möglich die professionelle Organisationskraft und die Willensbildung einer einheitlichen sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die bevorstehenden Aufgaben erfordern die ganze Kraft einer SPD:

- Die Vorbereitung der ersten gesamtdeutschen Wahlen. Einen gemeinsamen Wahlkampf kann man nur führen, wenn man eine gemeinsame Organisation hat - von der Mitgliederzeitschrift bis zur Mitgliederkartei, mit der man eine gemeinsame Wahlkampfstrategie umsetzen kann. Je eher das steht, desto weniger kann man von frühen Wahlterminen kalt erwischt werden.

- Eine Kampagne für die Chancengleichheit der Parteien in der DDR. Die immer noch existierenden der SPD um ein Vielfaches überlegenen, alten erstarrten Parteiapparate von SED/PDS, von CDU und Liberalen müssen endlich aufgelöst oder wenigstens die Gleichbehandlung der neuen demokratischen Parteien verwirklicht werden.
- Eine Initiative zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit in der DDR: Ohne die Verbindung mit einer politisch bewußten Arbeitnehmerschaft in demokratischen gewerkschaftlichen Organisationen hat die Sozialdemokratie nur geringe Entwicklungschancen.
- Vor allem aber eine breitangelegte Auseinandersetzung mit der SED/PDS, die den Versuch machen wird, sich neben der SPD im vereinigten Deutschland als soziale Reformpartei zu etablieren.

Die trotz der Belastungen durch die jüngste Vergangenheit guten Wahlergebnisse der PDS in der DDR sind ein Alarmzeichen für die SPD. Die PDS wird sich bemühen, sich als einzige Opposition mit einer gesellschaftlichen Alternative zu profilieren. Dieser Ansatz wird durch die Große Koalition in der DDR erleichtert. Sie wird versuchen, auch in der Bundesrepublik Fuß zu fassen, möglicherweise über eine Zusammenarbeit mit dem ökosozialistischen Flügel der Grünen. Und sie wird die SPD für die aus der Vereinigung entstehenden sozialen Spannung mitverantwortlich machen.

Für die CDU bedeutet starke PDS schwache SPD und damit eine Versicherung für konservative Mehrheiten. Für die SPD wäre eine unter kommunistischen Vorzeichen vollzogene Neuauflage einer Spaltung der Linken gleichbedeutend mit dem Verlust der Mehrheitsfähigkeit einer sozialdemokratischen Alternative in Deutschland.

Deshalb muß die SPD um ihr Monopol als einzige soziale Reformpartei auf der Linken offensiv kämpfen. Hans Modrow und Gregor Gysi machen schon gelegentlich den Eindruck, als hätten sie vor der Revolution gar nicht in der DDR gelebt. Dabei zeigen Grundstücks- und Postenschiebereien, legalisiert durch Gesetze der Modrow-Regierung, daß der SED-Filz nach wie vor Realität ist. Es wäre falsch anzunehmen, daß die von der ehemaligen SED vertretenen Grundlinien eines totalitären Staatssozialismus überwunden sind. Sie könnten umso stärker wieder auftreten, je mehr die sozialen Konflikte der Marktwirtschaft die Menschen in der DDR treffen und ihnen bewußt werden.

Es wäre deshalb ein nicht wieder gut zu machender Fehler, die Auseinandersetzung mit der PDS über die Grundlagen des demokratischen Sozialismus zu vermeiden.

(-/8.5.1990/rs/ks)

Die Bundesanstalt für Arbeit muß ihre Aufgabe ernst nehmen

Zur Verpflichtung der Arbeitgeber, Schwerbehinderte zu beschäftigen

Von Hermann Buschfort MdB

„In 1986 und 1987 sind zwei Verstöße gegen die Beschäftigungspflicht mit einer Geldbuße geahndet worden“, so steht es lapidar in einer Antwort des Staatssekretärs Dr. Tegtmeyer vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Klaus Kirschner (SPD), Bundestags-Drucksache 11/6203 Seite 16. Weiter heißt es in der Antwort, daß die Bundesanstalt bei der Ahndung von Verstößen gegen die Beschäftigungspflicht abzuwägen habe, inwieweit im Interesse der Beschäftigung von Schwerbehinderten Sanktionen gegen Arbeitgeber, die ihre Beschäftigungspflicht nicht oder nicht voll erfüllt haben, eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern beeinträchtigen.

Nun muß man wissen, daß - Klaus Kirschner hatte dies zum Gegenstand seiner Anfrage an die Bundesregierung gemacht - einerseits 123.801 Schwerbehinderte arbeitslos gemeldet sind (Stand März 1990), andererseits aber rund 71 von Hundert aller beschäftigungspflichtigen Arbeitgeber, das sind 88.800, ihren Beschäftigungspflichten nach Paragraph 5 des Schwerbehindertengesetzes nicht oder nicht ausreichend nachkommen, obwohl sie erhebliche finanzielle Zuschüsse bekommen könnten, wenn sie behindertengerechte Arbeitsplätze einrichten. Zuständig für die Überwachung dieser Beschäftigungspflicht ist die Bundesanstalt für Arbeit.

Würde sie ihrer Überwachungspflicht genügen, so müßte sie sich zunächst den 40.000 beschäftigungspflichtigen Betrieben von 88.800 Betrieben zuwenden, die nicht einen einzigen Schwerbehinderten beschäftigen. Tatsächlich sind aber in zwei Jahren nur zwei Sanktionsfälle zum Abschluß gebracht worden und dies bei steigenden Zahlen von arbeitslosen Schwerbehinderten. Man kann nach alledem nur den Schluß ziehen, daß die Arbeitsverwaltung als Überwachungsbehörde ungeeignet ist und besser eine andere Behörde mit dieser Aufgabe betraut würde.

Besonders erregen muß man sich aber über die Rücksichtnahme auf die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern. Wie kann eine solche Zusammenarbeit eng und vertrauensvoll sein, wenn Arbeitgeber es ablehnen, Schwerbehinderte zu beschäftigen, obwohl sie dazu gesetzlich verpflichtet sind? Ich bin immer davon ausgegangen, daß die Arbeitsverwaltung in erster Linie für die arbeitssuchenden Menschen da sein muß, besonders aber für die Schwachen, die wie die Schwerbehinderten der besonderen Hilfe bedürfen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte schon recht, als sie vor Jahren bei der Novellierung des Schwerbehindertengesetzes eine Ausgleichsabgabe von 150 DM monatlich für jeden nicht besetzten Schwerbehindertenarbeitsplatz für völlig unzureichend hielt. Leider ist die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung dieser Anregung nicht gefolgt mit der gleichen Begründung, mit der heute die Bundesanstalt für Arbeit von ihrer Sanktionspflicht gegenüber den Arbeitgebern keinen Gebrauch macht.

Ob dies alles wohl die von Arbeitslosigkeit betroffenen Schwerbehinderten wissen, wenn sie des Arbeitsamt um Vermittlung bitten?

(-/8.5.1990/rs/ks)

Kein Kurs, keine Klarheit, keine Konzepte

Zur Politik des Wiesbadener Ministerpräsidenten Wallmann
Von Hans Eichel
Vorsitzender der hessischen SPD

Dem hessischen Ministerpräsidenten Wallmann ist es in seiner nunmehr dreijährigen Amtszeit gelungen, seiner Regierung eine stabile Minderheit in der Bevölkerung zu verschaffen. Denn aus der hauchdünnen Mehrheit, mit der die Wallmann-Equipe 1987 gestartet ist, sind mit dem Lack auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger abgeblättert. Die CDU hat sich bei Wahlen und Umfragen auf einen Wert von weit unter 40 Prozent eingependelt. Die Menschen in Hessen hoffen wieder auf eine SPD-Landesregierung und auf eine klare und konturenreiche Politik.

Während Herr Wallmann und seine Partei vor drei Jahren angetreten waren, um neue Antworten auf alte Fragen zu finden, sind nur neue Fragen und Probleme hinzugekommen, Hessens Zukunft ist nicht mehr sicher. Die hessische Landespolitik stagniert nicht nur konzeptionell und personell, vielfach sind Rückschritte bemerkbar.

Nur einige Stichpunkte:

- Der Wohnungsmarkt; nie war die Lage dramatischer, nie war der soziale Wohnungsbau so heruntergeschraubt worden, nie waren die Mieten so explodiert.
- Die Schulpolitik; nie hat sich eine Regierung so mit allen Beteiligten übers Kreuz gelegt, nie war der schulpolitische Flurschaden bei Eltern, bei Schülern, bei Schulträgern höher.
- Die Strukturpolitik; nichts hat sich geändert an dem extremen Gefälle zwischen Nord- und Südhessen, Flickschusterei kennzeichnet hier die Politik Wallmanns.
- Die Abfallpolitik; erst in diesen Wochen wird das Ausmaß der Versäumnisse klar, der Müllnotstand ist an der Tagesordnung, und Nord- und Südhessen werden von der Landesregierung gegeneinander ausgespielt.
- Die Personalsituation bei Polizei und in den Schulen, führt zu katastrophalen Zuständen, und die Regierung Wallmann verweigert weiter ihren Beamten die tariflich vereinbarte Arbeitszeitverkürzung.
- Europa steht vor der Tür, aber die Interessenvertretung Hessens in Europa kocht auf Sparflamme.
- Die Städte und Gemeinden in Hessen werden weiter finanziell ausgeblutet, alleine die von Hessen unterstützte Steuerreform bringt Milliardenausfälle, weitere enorme Belastungen mit Blick auf die deutsche Vereinigung stehen vor der Tür.

Weil aber Herr Wallmann vor den eigentlichen landespolitischen Aufgaben kapituliert hat, versucht er mit immer neuen Luftnummern sich bei den Wählern in Erinnerung zu bringen.

Weil in Hessen die politische Landschaft so eindeutig zugunsten der SPD gekippt ist, wird Thüringen zum neuen Eldorado für die hessische CDU. Auf der Suche nach neuen Wählern bringt der Ministerpräsident eine Diskussion um die Länderneugliederung ins Rollen, die letztendlich Hessen selbst in Gefahr bringen kann. Denn während in Thüringen nicht ernsthaft an einen Zusammenschluß der beiden Länder gedacht wird, weil zunächst die eigene, thüringische Identität im Vordergrund steht, öffnet Wallmann die hessischen Grenzen und lädt damit lautstark andere Bundesländer ein, sich zu bedienen.

Ob Frankfurt als Wirtschaftsmetropole von der fruchtlosen Hauptstadtdiskussion profitiert, ist mehr als fraglich. Denn inzwischen schält sich heraus, daß vorlautes Gerede bisher „sichere Bänke“ wackeln lassen kann.

Doch mit Sprüchen wird die Regierung Wallmann nicht über ihre letzten Monate kommen. Denn jetzt muß Farbe bekannt werden, in Bonn und in Wiesbaden, wie die Kosten der Vereinigung zu bewältigen sind. Unumgänglich ist dabei eine Neuvorlage des Landeshaushaltes 1991 und damit die Offenlegung, wie das Land die Kosten bewältigen will. Unantastbar allerdings muß dabei der Länderfinanzausgleich und der kommunale Finanzausgleich bleiben.

Zudem müssen die wirtschaftlichen und strukturellen Folgen der Abrüstung jetzt rasch in Angriff genommen werden. Während andere Bundesländer schon konkrete Modelle erarbeitet haben, sitzt die hessische Landesregierung immer noch geruhsam in den Startlöchern. Gleiches gilt für den Wohnungsbau; geschönte Statistiken konnten über die wahren, katastrophalen Zustände nicht hinwegtäuschen. Abwarten heißt hier eine explosive Situation zu provozieren.

Insgesamt hat die Regierung Wallmann durch mangelnde Aktivitäten das Land Hessen in eine Lage manövriert, die für die Zukunft wenig rosige Aussichten bietet. Eine Politik der Symbole, wie sie von Herrn Wallmann gepflegt wird, ist keine neue Politik für den Bürger und hat keinerlei praktische Auswirkungen. Deshalb wird die SPD als stärkste politische Kraft in Hessen in den kommenden Monaten darauf drängen, daß die wahren Probleme in Hessen nicht unter dem Tisch blieben. Der Wähler muß im kommenden Jahr wissen, was er den vier Jahren Wallmann „zu verdanken“ hat.

(-/8.5.1990/rs/ks)